

Baugebiete in der VG Gau-Algesheim: Im Gleichgewicht mit der Natur ?

Angesichts der in den vergangenen Jahren immer zahlreicher und größer werdenden Baugebiete in der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim hat es sich der Ortsverband der GRÜNEN zur Aufgabe gemacht, die bislang in nahezu jedem Bebauungsplan vorgeschriebenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einer ökologisch-fachlichen Überprüfung zu unterziehen.

Während in der jüngsten Vergangenheit zumindest noch für fast jede Flächennutzung in den Außengebieten, sowohl zu Wohn- als auch zu Gewerbebezwecken, ein ausführlicher Umweltbericht mit einem landespflegerischen Planungsbeitrag und daraus abgeleiteten Ausgleichsmaßnahmen für den damit verbundenen erheblichen Eingriff in die Natur erstellt werden musste, stellt sich die aktuelle Situation völlig anders da.

Insbesondere die derzeit in der Planungsphase befindlichen Bebauungspläne in der VG Gau-Algesheim wurden in der Regel im sogenannten „beschleunigten Verfahren“ nach §13b des Baugesetzbuches beschlossen, wodurch auf die Durchführung einer Umweltprüfung und die Beteiligung der Öffentlichkeit (!) verzichtet werden kann.

Dieses mag aufgrund der Gesetzeslage zwar durchaus legal sein, wird dadurch aber noch lange nicht legitim.

Und somit auch nicht tolerierbar.

Deshalb wird der Ortsverband der GRÜNEN durch eine kritische Begleitung der einzelnen Verfahrensschritte alles daransetzen, daß sowohl die betroffenen Bürger als auch die Belange der Natur das ihr zustehende Gehör finden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist, wie Eingangs erwähnt, die Überprüfung der Pflanz- und Pflegemaßnahmen, die in den vergangenen 20 Jahren als Ausgleich für die Eingriffe in die Natur in den Bebauungsplänen der Ortsgemeinden festgeschrieben worden sind.

Hierzu hat der Ortsverband der GRÜNEN nach aufwendiger Recherche in den zugrunde liegenden Dokumenten eine tabellarische Übersicht erstellt, die im Rahmen einer Ortsbegehung eine Bewertung der tatsächlich vorgefundenen ökologischen Bedingungen ermöglicht. Daß hier dringender Handlungsbedarf zu erwarten ist wurde bereits in den vorab geführten Gesprächen mit der unteren Naturschutzbehörde sowie mit einem Experten der Naturschutzverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz sehr deutlich, wie dem nachfolgenden Zitat zu entnehmen ist:

„Nach unserer allgemeinen Einschätzung und Erfahrung bestehen aber bei einer Reihe von Bebauungsplänen in der Tat erhebliche Vollzugsdefizite.“

Noch vor Beginn der aufkommenden Frühjahrsvegetation wird deshalb der Ortsverband der GRÜNEN gemeinsam mit einem Fachmann für natur- und artenschutzfachliche Themen eine Dokumentation der aktuellen Situation vornehmen um mit dieser Grundlage an die jeweils für die Umsetzung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zuständigen Ortsgemeinden heranzutreten.

Ziel dieser Initiative ist, wenigstens die in den Bebauungsplänen vorgeschriebenen Mindestanforderungen für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Umsetzung zu bringen und somit einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, daß das bestehende Ungleichgewicht zwischen Flächenverbrauch und Naturschutz gemindert wird.